

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Bewohner von Berlin Kreuzberg sehen ihren Kiez als einen Ort, an dem Menschen teilweise sehr unterschiedliche Werte haben. Dennoch ist es auch ein Ort, an dem die Menschen gut miteinander auskommen, gemeinsam an einer Verbesserung der Nachbarschaft arbeiten und sich gegenseitig helfen. Diese wichtigen Erkenntnisse widersprechen der allgemein vorherrschenden Annahme, dass geteilte Werte eine Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration sind. Der Open Society Bericht *Muslims in Berlin* schließt daraus, dass eine Wertevielfalt innerhalb eines Wohnumfeldes keinen Kampf der Menschen und Kulturen auslöst.

Die überwältigende Mehrheit sowohl der muslimischen als auch der nicht-muslimischen Befragten gab an, dass Kreuzberg für sie ein angenehmer und sicherer Ort sei, an dem sie gerne lebten. Die Ergebnisse der Studie im Bezirk Kreuzberg stellen heraus, wie sehr integrative Strukturen und Einstellungen sowohl auf Seiten der Bevölkerung als auch der Bezirkspolitik dazu beitragen, eine vielfältige Stadtgesellschaft zu fördern und zu stärken. Es ist ein Teil von Berlin, in dem es Menschen verschiedenen ethnischen und religiösen Hintergrunds gelingt, gut miteinander zu leben. Die Erfahrungen des Bezirks stellen daher ein lehrreiches Beispiel dar, welches auch von anderen europäischen Städten mit großen Minderheitengruppen aufgegriffen werden kann, um besser auf die Bedürfnisse und Sorgen ihrer Bewohner eingehen zu können. Seit langer Zeit schon sieht Kreuzberg seinen multikulturellen Charakter als Teil seines Kapitals und hat die Teilhabe aller verschiedenen sozialen Gruppen, darunter auch Muslime diverser ethnischer Herkunft und Gruppierungen, am öffentlichen Leben immer bestärkt.

Für viele der muslimischen Befragten bietet Kreuzberg nicht nur Sicherheit, sondern auch eine Art Zuflucht, da sie sich in manch anderen Stadtteilen sowie im Land allgemein oft entfremdet und ausgeschlossen fühlen. Das Merkmal, welches ihrem Bezirk diesen Charakter der Sicherheit gibt, ist seine große innere Vielfalt, die ein stärkeres Gefühl von Willkommensein und Zugehörigkeit schafft als sie in monokulturellen Umgebungen in der Regel zu finden ist.

In Kreuzberg haben, anders als in manch anderen Berliner Bezirken, muslimische Organisationen in verschiedenen politischen Gremien eine starke Präsenz. Öffentliche Gelder werden auch an muslimische Gruppen vergeben, und Bezirkspolitiker kooperieren mit religiösen muslimischen Vereinen im Rahmen lokaler Projekte. Diese Praxis ist besonders angesichts der weithin wahrgenommenen Stigmatisierung und Marginalisierung vieler muslimischer Vereine und Organisationen in Deutschland sehr ermutigend.

Auch auf Stadtebene gibt es zahlreiche erfolgreiche Maßnahmen und Projekte sowie einen progressiven neuen Politikansatz bezüglich sozialer Inklusion. Die aktuelle Fassung des Berliner Integrationskonzepts trägt den Untertitel *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken*. Diese Formulierung verweist auf einen Ansatz, der davon ausgeht, dass sich die ganze Gesellschaft an die neuen Herausforderungen und sozialen

Bedürfnisse eines Einwanderungslandes in seiner Vielfalt anpassen und sich integrieren muss. Dieses Verständnis bricht mit dem traditionellen Ansatz, nach dem sich lediglich die Minderheiten an eine angenommene Mehrheitskultur anpassen müssen.

Ein wichtiger Aspekt dieser neuen Politik ist die *Interkulturelle Öffnung der Verwaltung*, welche in Reaktion auf eine sich verändernde Gesellschaft bei der Umstrukturierung wichtiger gesellschaftlicher Institutionen hilft. Die Beschäftigungspolitik zielt in diesem Zusammenhang darauf ab das Personal vielfältiger werden zu lassen und damit auch auf die Bedürfnisse der nicht ethnisch deutschen Bevölkerung besser eingehen zu können.

Die Integrationsbemühungen in den verschiedenen öffentlichen Bereichen, von der Polizei bis zu den Jobcentern, haben zu einer erhöhten Akzeptanz und Inklusion von Muslimen in der Berliner Gesellschaft geführt. Eine dieser Initiativen, das Islamforum, bei dem Vertreter muslimischer Gemeinden mit politischen Entscheidungsträgern der Stadt zusammentreffen, hat geholfen, Kontakte und gegenseitiges Vertrauen unter den Teilnehmern zu stärken.

Viele Herausforderungen bleiben jedoch noch bestehen. Unter den Muslimen, die für diesen Bericht befragt wurden, war eine klare Identifikation mit Deutschland sehr selten. Die große Mehrheit der muslimischen Befragten gab an, sich nur sehr zögerlich selbst als Deutsche zu definieren, und zwar nicht, weil sie etwa die deutsche Gesellschaft und deren Werte ablehnen würden, sondern weil sie weiterhin von der Mehrheit der Gesellschaft als ‚Ausländer‘ betrachtet werden. Diese Wahrnehmung durch die Gesellschaft, in der sie leben, macht es nicht ethnisch Deutschen nahezu unmöglich, sich selbst als ein integraler Bestandteil dieser Gesellschaft zu fühlen.

Dieses Gefühl des Ausgeschlossenenseins, welches von vielen muslimischen Interviewpartnern in erheblichem Maße internalisiert schien, hat sich mit einer wachsenden Feindlichkeit gegenüber dem Islam sogar noch gesteigert. Die wachsende Diskriminierung und Feindlichkeit gegenüber Muslimen,<sup>1</sup> ein zentrales Problem für die Teilnehmer der Studie, war besonders in den Bereichen Bildung und Beschäftigung spürbar geworden.

---

<sup>1</sup> Das unterstützt die Ergebnisse von Brettfeld und Wetzels in ihrer quantitativen Studie zu Muslimen in Deutschland, in welcher 80% der jungen muslimischen Teilnehmer/-innen aufgrund ihrer zugeschriebenen Eigenschaft als Ausländer/-in irgendeine Erfahrung mit Ausschluss oder negativer Behandlung gemacht hatten. 26,9 Prozent der Befragten berichteten sogar von schwerer oder sehr schwerer Form von Diskriminierung. Katrin Brettfeld, Peter Wetzels, *Muslimen in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt; Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen*, Hamburg, 2. unveränd. Aufl. Berlin: Bundesministerium des Inneren (Texte zur inneren Sicherheit). Universität Hamburg, 2007, S. 241, Online verfügbar unter [http://www.bmi.bund.de/clin\\_156/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/DE/2007/Muslimen%20in%20Deutschland.html](http://www.bmi.bund.de/clin_156/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/DE/2007/Muslimen%20in%20Deutschland.html) (hiernach Brettfeld & Wetzels, *Muslimen in Deutschland*).

Das Neutralitätsgesetz, welches im Januar 2005 verabschiedet wurde, verbietet das Tragen von allen sichtbaren religiösen Zeichen, Symbolen und Kleidungsstücken für Lehrer an öffentlichen Schulen, Polizisten und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Es hat besonders auf junge muslimische Frauen, die sich für das Tragen eines Kopftuches entschieden haben, einen sehr nachteiligen Effekt.

Auch die Bewohner Kreuzbergs sind nicht vor Diskriminierung gefeit. Einige Befragte berichteten von Schwierigkeiten, außerhalb des Bezirks Wohnungen zu finden, einen guten Arbeits- oder selbst Praktikumsplatz zu bekommen und manchmal sogar, eine kultursensible Gesundheitspflege zu erhalten. Die Erfahrungen mit Ungleichbehandlung sind keinesfalls auf religiöse Zugehörigkeit beschränkt. Muslime nehmen hingegen eine multikausale Erfahrung von Exklusion oft hauptsächlich als anti-muslimisch wahr. Auch beeinflusst die Markierung als Muslim nicht nur Menschen, die sich mit dem Islam identifizieren und sichtbar als Muslime erkennbar sind. Sie hat auch Auswirkungen auf Menschen, die vielleicht nicht religiös oder gar nicht muslimisch sind, deren Hautfarbe, ethnischer Hintergrund und angenommene Herkunft aber als Zeichen einer Zugehörigkeit zum islamischen Glauben wahrgenommen werden.

Viele europäische Städte sehen sich heute neuen Herausforderungen und Veränderungen gegenüber, da ihre Gesellschaften durch Migrationsbewegungen in alle Richtungen und verschiedene immigrierte Bevölkerungsgruppen verändert werden. Die Bemühungen müssen jedoch darin liegen, diese Transformation auf eine integrative Art und Weise zu gestalten, die versucht, die verschiedenartigen Gründe für eine Ungleichbehandlung von Individuen und Gruppen zu beseitigen. Die Strategien und politischen Maßnahmen, die Kreuzberg in diesem Sinne ergriffen hat, bieten inspirierende Anregungen, welche anderen Städten bei ihren eigenen Transformationen helfen könnten, während gleichzeitig auch Kreuzberg weiterhin von positiven Beispielen lernen kann, die andernorts auf den Weg gebracht werden.